

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Veretabular. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 6909. Postscheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 310 A

BERLIN • Dienstag, den 31. Januar 1933

2. JAHRGANG

Ein wüstes Kabinett!

Kommt endlich der Generalstab der Arbeiterschaft?

Welche Einheitsfront?

Einheitsfront der Kapitalisten oder der Arbeiter?

Rpt. Was geht vor sich bei unseren Gegnern, bei den Gegnern von Recht, Freiheit und Kultur? Bei denen, die unter *Recht* verstehen: das Recht auf Erhaltung ihres Vermögens auf Kosten der arbeitenden Massen, die unter *Freiheit* verstehen: die Freiheit, alle anderen unbeschränkt auszubeuten, und die unter der *Kultur*, für die sie kämpfen, offenbar das verstehen, was aus dem Osthilfesumpf gen Himmel stinkt?

Sie sind nicht einig.

Wir beobachten verschiedene Fronten innerhalb der Kapitalisten: Einzelhandel gegen Warenhäuser, Landwirtschaft gegen Industrie, verarbeitende Industrie gegen Schwerindustrie, Industrie gegen Banken.

Auch dem Kanzler-General ist es nicht gelungen, Großagrarier und Industrielle unter einen Hut, militärisch gesprochen: unter einen Stahlhelm zu bringen.

Der Landbund tobt wilder denn je gegen die „einseitige Förderung der Ausfuhrwirtschaft“ gegen die „Geldbeutelinteressen der deutschen Exportindustrie“. Uganberg, die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ besann sich am 14. Januar auf den deutschen Reichstag seligen Angedenkens, der einmal „ein Gesetz beschlossen hat, das der Reichsregierung die ausdrückliche Pflicht auferlegt, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die Preise der landwirtschaftlichen Produkte dem Preisindex der Produktionsmittel anzupassen.“ Die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ schreibt dazu: „Das Gesetz ist bis heute völlig unerfüllt geblieben.“

Warum soll eigentlich der Bauer Gesetze achten und befolgen, wenn die verantwortlichen Regierungsorgane die Gesetze jahrelang unbeachtet lassen?“

Wir sehen: Der Landbund wird gegenwärtig an Agitationsgeschrei kaum noch übertroffen von den Nationalsozialisten. An Unfähigkeit, auch nur brauchbare Vorschläge zu Tage zu fördern, sind beide Bewegungen einander ebenbürtig.

Unter dem Herrenreiter wurde die

Tomaten-Kommission

in die Hauptstädte derjenigen europäischen Länder geschickt, in denen die besten Käufer deutscher Industrieprodukte wohnen. Die Kommission sollte ihnen die — auf Geheiß des Landbundes — beabsichtigte Verhängung von deutschen Einfuhrbeschränkungen für Agrarprodukte ankündigen. Wo die Kommission nicht geradezu hinausgeworfen wurde, wie in Holland, war ihr tatsächlicher Mißerfolg nicht kleiner als dort. Schließlich hat die Reichsregierung die feierlichen Ankündigungen über Einfuhrkontingente einfach unerfüllt gelassen. Selbst ihr schien es nicht möglich, die Versprechen zu erfüllen.

Schleicher gab eine neue Parole:

Dem deutschen Volke deutsches Fett!

Die Notverordnung, die es der Regierung ermöglicht, die Beimischung von Butter zur Margarine zu erzwingen, ist datiert vom 23. Dezember 1932. Diese Ermächtigung hat viel Staub aufgewirbelt. Sie ist nicht ausgenutzt worden. Es ging einfach nicht, wenigstens bisher wohl schon aus technischen Gründen.

In dem unersättlichen Rachen der Großagrarier ist schon viel verschunden. Sie sind ökonomisch so totkrank, daß sie trotzdem nicht satt werden.

Bedenken wir: Die Steuer- und Zinslasten der Landwirtschaft sind niedriger als je seit der Inflation. Die Steuerlast ist von über 800 Millionen Mark im Jahr 1925 auf 500 bis 600 Millionen Mark im Jahr 1931/32 und unter Berücksichtigung der Steuergutscheine auf rund 400 Millionen Mark im Jahre 1932/33 gesenkt worden. Die Zinsentlastung führte zu einer Senkung der jährlichen Zinssumme von über 1 Milliarde Mark auf rund 600 Millionen Mark im laufenden Wirtschaftsjahr. Die Hochhaltung der Getreidepreise ist fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden, von der man kaum noch spricht. Die Grundeigentümer werden in Deutschland gegen Ansprüche ihrer Gläubiger auf vielfache Art geschützt: durch ein wiederholt erweitertes Hypothekendarlehen, durch das Recht, den Aufschub von Zwangsversteigerungen zu beantragen, und bei landwirtschaftlichen Betrieben im Osthilfgebiet außerdem noch durch das „Sicherungsverfahren“ mit dem „Entschuldungsverfahren“, außerhalb des Osthilfgebietes durch das landwirtschaftliche „Vermittlungsverfahren“.

Jene unersättlichen Hyänen fordern mehr und mehr. Sie nehmen kein Blatt vor den Mund.

Hindenburg hat am Montag mittag folgendes Kabinett ernannt:

Reichskanzler: Hitler,
Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen:
von Papen,
Außeres: von Neurath,
Innen: Frick,
Wehrminister: General von Blomberg,
Finanzen: von Schwerin-Krosigk,
Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft:
Hugenberg,
Arbeitsminister: Seldte,
Post und Verkehr: Eltz von Rübensch,
Kommissarischer Innenminister für Preußen und
Kommissar für die Luftfahrt: Göring,
Arbeitsbeschaffungskommissar: Gereke,
Justiz: vorläufig offen.

Hitler will noch am Montag Mittag Verhandlungen mit Zentrum und Bayerischer Volkspartei aufnehmen. Die erste Sitzung des neu gebildeten Kabinetts findet um 17 Uhr statt.

Wer. Damit sind nun die wildesten Wege einer furchterlichen Reaktion geöffnet. Kurze Hinweise darauf zeigen sich in der Ernennung Hitlers zum Kanzler, also eines Kanzlers, den Hindenburg, Hugenberg, Papen und die katholischen Parteien, von weiter linksethenden natürlich abgesehen, für verfassungsmäßig mindestens nicht zuverlässig halten; sie zeigen sich weiter in der Vereinigung des Wirtschafts- und Ernährungsministeriums in der Hand Hugenbergs, des reinen Vertreters der Großgrundbesitzer und einer Finanzpolitik für die Schwerindustrie, die nicht unbedingt vor einer Inflation halt macht. Auch die Autarkiebestrebungen abenteuerlichster Art werden jetzt erneut einsetzen und damit das Ansehen Deutschlands im Ausland wohl auf den Nullpunkt herunterbringen.

Zu den übrigen Personen des Kabinetts, wie z. B. dem „Stahlhelm“-Führer Seldte als Arbeitsminister, oder Herrn Frick als Innenminister, oder dem neu gebackenen Luftkommissar Göring hier erneut das Wort zu nehmen, ersparen wir uns. Es ist das Kabinett, das nunmehr an Schwärze und kompakter Reaktion innerhalb Deutschlands nicht mehr übertroffen werden kann.

Die politischen Prognosen des „Funken“ in ihrer weiteren und kürzeren Sicht sind damit absolut bestätigt worden:

„Wir wollen keine Kabinette stürzen“,

so schloß Graf Kalckreuth, der Präsident des Reichslandbundes, am 21. Januar eine Rede in Stimmern, „und auch keine einsetzen.“

aber wir wollen das jeweilige Kabinett zwingen, daß es unsere Forderungen erfüllt.“

Sie machen es der Reichsregierung unmöglich, mit anderen Staaten Handelsverträge abzuschließen, die der deutschen Ausfuhr freiere Bahn schaffen. Ganz abgesehen davon, daß die Hochhaltung der Getreide- und Brotpreise wie ein Alpdruck auf der deutschen Wirtschaft lastet! Die deutsche verarbeitende Industrie könnte nach drinnen und nach draußen mehr verkaufen, wenn sich jene Großagrarier ihr nicht überall in den Weg stellen. Und doch tun die Vertreter der verarbeitenden Industrie nichts, um jene Störenfriede und Nimmersatte aus dem Weg zu räumen! Der Syndikus einer großen Handelskammer in Süddeutschland gab kürzlich bei einer Besprechung zu, daß die Subventionierung der Großagrarier eine schwere Last für die Industrie sei, aber er fuhr gleich abwehrend fort: Es geht nicht anders; die Landwirtschaft ist nicht geneigt, auf diese Subventionen zu verzichten. Die Großagrarier sind nicht geneigt, damit ist für diesen Industrievertreter die Sache entschieden.

Zwar hat kürzlich, wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ mit Entrüstung berichtete, eine westdeutsche Industrie- und Handelskammer den zu einem Vortrag verpflichteten leitenden Beamten einer landwirtschaftlichen Berufsvertretung durch ihren Syndikus am Bahnhof in einer solchen Form empfangen lassen, „daß er alsbald den nächsten Zug zur

ebenso radikal ist die törichte Leichtfertigkeit jener unverbesserlichen parlamentarischen Republikaner bloßgestellt worden, die aus dem Wahlverlust einiger Hitler-Stimmen und aus dem häuslichen Krach innerhalb der Nazi-Partei, zum Beispiel zwischen Straßer und Hitler, den Schluß ziehen zu dürfen glaubten, die Feinde der Arbeiterschaft seien

auf dem besten Wege, sich selber zu zerreißen.

und damit der Arbeiterschaft die Anstrengung einer eigenen Politik abzunehmen.

Diese Leichtfertigkeit, die wir insbesondere darin sehen, daß die Führer der Arbeiterorganisationen: der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften, es nicht verstanden haben, die angesichts der furchterlichen Gefahr der Arbeiterbewegung geradezu lächerlich geringen trennenden Unterschiede wenigstens so lange beiseite zu stellen, bis die Todesgefahr von der Arbeiterschaft abgewendet war —

diese Leichtfertigkeit wird geradezu zu einem Verbrechen, wenn nicht heute noch mit diesem schamlosen Spiel mit dem Leben der Arbeiter schluß gemacht wird und ein radikalem Verzicht auf jede Erörterung des Vergangenen ein Generalstab der Arbeiterschaft eingesetzt wird, der an Kompaktheit in Durchsetzung dieser Interessen mindestens das reaktionäre Kabinett erreicht, daß heute mittag unter Hitler startet.

Wir betonen: Man komme uns nicht mit dem albernen „Einwand“, Hitler könne auch nur mit Wasser kochen oder Deutschland sei nicht Italien oder ein Balkanland, weil die deutsche Arbeiterschaft „intelligenter“ sei als die Arbeiterschaft dieser Länder. Alle diese Einwände sind nichts weiter als eine verlogene Vertuschung jener erbärmlichen Feigheit, die es verschmäht, angesichts einer politischen Situation unter Ablehnung jeglicher Spur von Fatalismus in das bloße Getriebe menschlichen Stumpfsinns und menschlicher Tollheit einzugreifen.

Jeder Fatalismus, jede Berufung auf ein unvermeidliches Fiasko der Hitler-Diktatur und ähnliche Tröstungen sind nicht besser als die Tröstungen der christlichen Kirche mit dem Jenseits. Mag Hitler so kurz oder so lange regieren wie es sei:

es genügt unter Umständen eine sehr kurze Zeit, die Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte, wenn nicht überhaupt auf absehbare Zeit total zu ruinieren und auf einen Zustand zurückzubringen, an dem gemessen die heutigen Zustände in den Balkanländern ein Fortschritt sind.

Abreise benutzte“. Aber das ist wohl vorläufig nur ein Einzelfall.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“, das Organ des Kanzler-Generals, bringt „Zum Konflikt zwischen Landwirtschaft und Industrie“ begünstigende Worte des ehemaligen Reichsernährungsministers Grafen Kanitz: „Wäre es nicht... der beste Dienst am eigenen Berufsstand, wenn die beiderseitigen Wirtschaftsführer... über diese schwierigen und sicherlich viele Interessenkonflikte in sich bergenden Lebensfragen nicht in der Öffentlichkeit, sondern in periodisch wiederkehrenden Zusammenkünften sich wenigstens notdürftig zu einigen versuchten, um dann eine einigermaßen gemeinsame wirtschaftspolitische Front herzustellen?“

Wir sind leider überzeugt: Diese „notdürftige“ Einigung wird zustande kommen.

Die Einheitsfront zur Erhaltung des Kapitalismus bricht nicht auseinander, ehe sie nicht von unserer Einheitsfront zerbrochen wird.

Allerdings: Der Aktionsausschuß der kapitalistischen Einheitsfront, die jeweilige deutsche Regierung, weiß nicht, was er tun soll. Das zeigt die Reiseri der Tomatenkommission, das zeigt die undurchgeführte Margarine-Notverordnung.

Unsere Gegner sind nicht sicher!

Uns gegenüber steht also eine Einheitsfront, deren Verfechter selber bloß eine „notdürftige Einigung“ zu erhoffen wagen. Und die Vorkämpfer dieser Einheitsfront sind gegenüber der Krise ratlos.

Auch der Kanzler-General war offenbar ratlos. Der Kampf gegen die Krise ist nicht so leicht, wie er sich wohl

gedacht hatte. Da läßt sich nicht einfach kommandieren: „Wirtschaftskrise, Stillstand, weggetreten!“

Schleicher blieb wirtschaftspolitisch nahezu untätig, weil es ihm nicht gelang, die verschiedenen Forderungen, die an ihn herangetragen wurden, auf eine Linie zu bringen: die Forderung nach Ausfuhrförderung und die nach Einfuhrdrosselung (und damit Verärgerung der Abnehmerländer), die Forderung nach niedrigen Löhnen und die nach hohen Getreidepreisen (also hohen Lebenshaltungskosten), die Forderung nach Ankurbelung der Wirtschaft und die nach Schuldenstreichungen (also nach neuer Beunruhigung des Wirtschaftslebens).

Schwerindustrielle und Großagrarien sind heute einig gegen Schleicher. Die einen werfen ihm vor, daß er Gewerkschaften und Tarifvertragswesen nicht zerschlagen half, und daß er sich in seinem Arbeitsbeschaffungsprogramm an Pläne anlehnte, die von Gewerkschaften und Nationalsozialisten gefordert wurden, ja, daß er bis vor einigen Wochen mit dem Gedanken einer „gewerkschaftlichen Querverbindung“ von Leipart bis Straßer spielte. Die anderen sind erobert auf ihn, weil er sie nicht vor dem Osthilfeskandal schützte und weil er ihnen nicht die Sanierung all ihrer Güter zusicherte. Beide haben ihm überdies wohl sein Wort von „veralteten Wirtschaftssystemen“ nicht vergessen. Diese Front gegen Schleicher ist freilich noch kein Zeichen von wirtschaftspolitischer Einheitsfront der Kapitalisten.

Die Vereinigung des Wirtschafts- und Ernährungsministeriums als „Krisenministerium“ in der Hand Hugenberg ist zunächst nur eine äußerliche Zusammenfassung. Wirtschaftspolitisch bedeutet sie zwar nicht einen unbedingten Sieg der Großagrarien über die Industriellen, wohl aber einen endgültigen Sieg der Subventionenpolitik, der Subventionierung der Kapitalisten um jeden Preis, auch um den Preis der Währungsstabilität.

Auf der Linie der Inflation und des Krieges lassen sich Interessenssätze im Lager der Kapitalisten am leichtesten überbrücken. Vorläufig sind sie aber noch nicht überbrückt.

Und unsere Einheitsfront?

Die Front der Gegner ist von Interessenkonflikten geradezu durchsetzt. In unserer Front, in der Front insbesondere der Industriearbeiter, fehlen solche Interessenkonflikte völlig.

Daladier verhandelt mit den Sozialisten.

Herriot will „helfen“.

Nachdem der französische Staatspräsident, Lebrun, die Regierung Paul-Boncour mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt hatte, erhielt Daladier den Auftrag, ein neues Kabinett zu bilden.

Daladier hat bereits begonnen, mit den Sozialisten über die Möglichkeiten einer Koalition zu verhandeln. Es wird allgemein mit einem Scheitern dieser Verhandlungen gerechnet. Herriot hat erklärt, daß er Daladier bei seiner Neubildung der Regierung behilflich sein wolle, was er wahrscheinlich im Sinne einer Schwenkung nach rechts tut. Herriot hat es vorgezogen, das Amt des Ministerpräsidenten nicht wieder selber zu übernehmen, weil besonders angesichts der schwierigen Finanzlage mit einer Aenderung der Ansicht der Kammer in bezug auf die Schuldenfrage nicht zu rechnen ist.

Das Abstimmungsergebnis, das zum Sturz der Regierung geführt hat, ist nach der endgültigen Zählung folgendes: für

Absolute Mehrheit für Fianna Fail in Irland.

Die endgültigen Ergebnisse der irischen Wahlen liegen jetzt vor. Fianna Fail, die Partei de Valeras, hat eine absolute Mehrheit über alle anderen Parteien von einer Stimme. Zusammen mit den Parteien, die die Regierung bisher unterstützt haben, hat sie eine Mehrheit von 19 Stimmen. Die 153 Sitze sind jetzt folgendermaßen verteilt (in Klammern die Verteilung im alten Dail):

Regierungsblock:	Fianna Fail	77 (72)
	Labour Party	8 (7)
	Unabhängige Arbeiter P.	1 (2)
		86 (81)
Opposition:	Cosgrave-Partei	48 (57)
	Unabhängige	8 (11)
	Zentrum	11 (Bauern-P. 4)
		67 (72)

In einer Erklärung über seine nächsten politischen Absichten sagte De Valera,

Die Vereinigung von Nord- und Süd-Irland

sei eine wichtige Voraussetzung für einen dauernden Frieden mit England. Bekanntlich umfaßt der irische Freistaat, also das Land, das jetzt von De Valera regiert wird, nur den südlichen Teil der Insel, während der Norden ein Teil des Vereinigten Königreiches ist, wenn er auch nicht in dem gleichen Maße, wie die übrigen Teile: England, Wales und Schottland, der Londoner Regierung untersteht.

Weiter beabsichtigt De Valera, die Landentschädigung in Zukunft nicht mehr, wie seit einem Jahr, auf ein Zwischenkonto zu zahlen, sondern sie im Staatshaushalt zu verwenden. Außerdem will er den Senat auf etwa 35 Mitglieder herabsetzen und dessen Macht erheblich beschränken. Auch im Landtag, dem Dail, werden künftig wahrscheinlich eine geringere Zahl von Abgeordneten sein.

Rumänien unterschreibt.

Der Finanzplan des Völkerbundes vor der Annahme.

Die rumänische Regierung hat ihren Vertreter in Genf angewiesen, den Finanzplan des Völkerbundes zu unterschreiben, der die Uebernahme der Regierung in Rumänien durch eine Sachverständigen-Kommission vorsieht, deren Leitung in der Nationalbank sitzt.

Titulescu hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den ausländischen Gläubigern Rumäniens dieses Zugeständnis nicht zu machen. Da die ausländischen Gläubiger in London und Paris sitzen und daher mehr Macht und Einfluß aufzubieten haben, als die Regierung des mit einer schweren Finanzkrise kämpfenden Rumäniens, war der Sieg der Gläu-

Es ist ja die Front derer, die auch in der Krise ein Vermögen nicht zu verlieren haben. Das Interesse der städtischen Arbeiter und Angestellten zeichnet den Weg aus der Krise klar vor: durch Steigerung der Massenkaufkraft zur Ankurbelung der Wirtschaft. Auch das wahre Interesse der Bauern liegt in dieser Richtung. Sogar der ehemalige Osthilfe-Kommissar, Schlange-Schönungen, hat das zugegeben. Sogar Graf Kanitz schreibt in dem bereits zitierten Aufsatz von „einer zum mindesten indirekten Schicksalsgemeinschaft (der Landwirte) mit den Konsumenten“. Die Schicksalsgemeinschaft von Bauern und Arbeiterkonsumenten ist sogar eine direkte!

Gewiß: Innerhalb der Arbeiterschaft werden verschiedene Theorien vertreten, auch auf ökonomischem Gebiet. Aber in der Marx'schen Erklärung der Krisen als einer Folge der Unterkonsumtion der Massen sind sie sich sämtlich einig.

Wir wissen, wie schwer es ist, sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre an einen Tisch zu bringen. Bei Unterführern ist es bereits gelegentlich gelungen, aber nur auf kurze Zeit. Wir dürfen nicht damit rechnen, daß eine weitere Zuspitzung der Not, daß ein weiteres Anwachsen der faschistischen Gefahr die Parteiführungen und damit die Parteilorganisationen von selber zusammenzwingt. Daher immer wieder die Mahnung: Es ist unsere aller Aufgabe, den Wall von Vorurteilen und Mißtrauen, von Dummheit und Borniertheit, der die Einheitsfront verhindert, immer wieder anzubohren. Es ist insbesondere Sache der kommunistischen Arbeiter: ihre Parteiführer, es ist Sache der sozialdemokratischen Arbeiter: ihre Parteiführer an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Dann wäre es auf der Arbeiter-Seite möglich, eine mindestens ebenso feste „notdürftige“ Verständigung herbeizuführen wie auf der Seite der Gegner. Diese Verständigung braucht keineswegs alle Fragen politischer und ökonomischer Art zu umfassen.

Der Sieg der so, wenn auch noch so „notdürftig“ geeinten Arbeiterschaft wäre völlig sicher. Denn wenn die Frage erst auf die Tagesordnung gesetzt ist:

„Welche Einheitsfront, die der Kapitalisten oder die der Arbeiter?“

dann ist sie im Handumdrehen beantwortet. Es gilt daher, alles zu tun, damit sie in der politischen Wirklichkeit bald gestellt wird. Dann werden wir aus dem Narrenhaus der Krise rasch herauskommen.

Japan pöbelt an:

Den Völkerbund und die USA.

Während in Genf der Neuner-Ausschuß darüber verhandelt, was er dem Neunzehner-Ausschuß empfehlen soll, damit dieser es dem Völkerbundsrat zur Beschlussfassung über den chinesisch-japanischen Konflikt empfehle, greift Japan zu immer weitergehenden Drohungen, die zunächst wohl den Zweck verfolgen, die Stellungnahme des Völkerbundsrates zu beeinflussen.

Der japanische Militärvertreter auf der Abrüstungskonferenz hat in einer Mitteilung an das Kriegsministerium gedroht, er werde mit dem japanischen Hauptvertreter

die Abrüstungskonferenz verlassen,

wenn der Völkerbundsrat einen „für Japan untragbaren“ Bericht zur mandschurischen Frage annehme. (Meldung der japanischen Zeitung „Nitschi Nitschi“.)

Von gefährlicheren Konsequenzen wäre das Wahrnehmen folgender Drohung, die vor wenigen Tagen in einer offiziellen Erklärung von japanischer Regierungsseite ausgesprochen wurde:

Wenn Japan aus dem Völkerbund austreten würde, so würde es die ihm übertragenen Mandatsgebiete unbedingt behalten.

Ueber die Sitzungen, in denen Japan das Mandat zugeteilt wurde, heißt es in der Erklärung:

„Die Gegenwart des inzwischen verstorbenen, amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson in Versailles machte es unmöglich, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Die im Weltkrieg eroberten Besitzungen wurden als Mandate und nicht als Kriegbeute bezeichnet, was sie in Wirklichkeit sind.“

Geht schon die Drohung, die Karolinen im Stillen Ozean — legal oder illegal — behalten zu wollen, in erster Linie gegen die Interessen der USA, so ist die Verhöhnung Wilsons noch eine besondere und vermeidbare Unfreundlichkeit gegenüber Amerika.

Die amerikanische Regierung hat erklärt, sie könne es nicht zulassen, daß Japan im Falle seines Austritts aus dem Völkerbund die Karolinen behalte.

Das japanische Parlament hat ein im Laufe von vier Jahren durchzuführenes

Flottenbauprogramm

angenommen:

ein Flugzeugmuttereschiff, zwei Kreuzer, sieben Minensuchboote, sechs U-Boote. Kosten: mindestens 450 Millionen Mark.

Die amerikanische Kriegsmarine wird vom 6. bis 17. Februar ihre diesjährigen Wintermanöver im Stillen Ozean abhalten.

Neue Kämpfe in China.

Das japanische Oberkommando in Mukden meldet von chinesischen Angriffen auf Schanghaikwang in der Nacht zum 22. Januar. Bald darauf sei Artillerie eingesetzt, die chinesischen Angriffe seien abgeschlagen worden.

„Daily Express“ meldete aus Schanghai, daß bei Fuschin (Provinz Jehol) mandschurische Truppen chinesische Freiwilligen-Truppe in Stärke von etwa 3000 Mann aufgerieben hätten.

Der Zusammentritt des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz wird möglicherweise noch weiter verschoben werden, da die in Deutschland und Frankreich eingetretenen Regierungskrisen den Beginn der Abrüstungskonferenz erschweren würden.

Rache der Antifaschisten in USA?

In Philadelphia wurde das Haus eines bekannten Rechtsanwalts und Bankiers, John de Silvestro, der als Freund Mussolinis betrachtet wird, durch eine Bombe zerstört. Die Frau des Besitzers wurde getötet, fünf weitere Personen verletzt. Das Attentat ist anscheinend von Antifaschisten verübt worden.

Koenen aus Oesterreich ausgewiesen:

Wegen „Einmischung in österreichische Angelegenheiten“.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Koenen, der sich in Oesterreich aufhielt, um dort auf kommunistischen Versammlungen zu reden, wurde nach der zweiten Versammlung von der Polizei festgenommen. Wegen „Einmischung in österreichische Angelegenheiten“ und „Aufreizung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt“ wurde sofort ein Ausweisungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Bereits am Sonntagabend hatte Koenen Wien verlassen.

Demonstration der Steuerzahler in Nizza.

Am Sonntag unternahmen die Teilnehmer von Versammlungen des Verbandes der Steuerzahler und der Vereinigung der ehemaligen Kriegsteilnehmer in Nizza eine gemeinsame Demonstration gegen das Finanzprogramm. Dabei kam es zu scharfen Zusammenstößen mit der Polizei.

Das gibts natürlich nur in Ungarn!

Drei Nationen streiten — so erzählte man sich leise und schmunzelnd in den Budapest Kaffeehäusern — um die Palme des technischen Fortschritts.

Der Deutsche sagt: Bei uns verlor einer beide Füße, er bekam Prothesen aus einer deutschen Fabrik und siegte beim Wettlaufen der Olympiade.

Der Franzose läßt sich nicht unterkriegen: In Frankreich wurde jemand ohne Hände geboren, eine französische Fabrik machte ihm künstliche Hände, und er ist heute ein Klaviervirtuose.

Da begann der Ungar: Das ist alles nichts. In Ungarn kam ein Kind ohne Kopf zur Welt, die ungarische Luftverkehrsgesellschaft montierte eine Blase auf seinen Hals, und dieser Mann ist heute der Ministerpräsident Ungarns.

(Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 6. Januar 1938.)

Wie die Kirche mobil wird.

Einer unserer Leser hat einen Brief mit folgendem Inhalt bekommen:

Epiphaniienkirche. Charlottenburg 9, d. 2. März 1932.
Sehr geehrter Herr L.!

Zu unserem aufrichtigen Bedauern haben wir vom Amtsgericht Charlottenburg die Nachricht erhalten, daß Sie zum April 1931 aus der evangelischen Kirche ausgetreten sind.

Erfahrungsgemäß wird dieser Schritt oft übereilt getan, ohne rechte Kenntnis seiner folgenreichen Wirkungen.

Wir gestatten uns daher, Ihnen die Folgen des von Ihnen beabsichtigten Kirchenaustrittes klarzulegen.

Durch Ihren Kirchenaustritt verlieren Sie alle Rechte, die Ihnen aus Ihrer bisherigen Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche zustanden.

Sie haben keinerlei Ansprüche mehr auf Einrichtungen der Kirche, die von den kirchlichen Steuerzahlern unterhalten werden.

Die Folge davon ist:
Ausschluß vom kirchlichen Wahlrecht, von der Taufpatenschaft, von der Taufe und Konfirmation Ihrer Kinder (wenn beide Eltern ausgetreten sind), von der Trauung, vom Heiligen Abendmahl, von der Möglichkeit, die kirchlichen Wohlfahrtseinrichtungen in Anspruch zu nehmen und vom kirchlichen Begräbnis. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die Mitwirkung eines Geistlichen bei der Beerdigung eines aus der Landeskirche Ausgetretenen verboten. Es darf für solche Beerdigung kein Platz auf einem kirchlichen Friedhof beansprucht werden.

Auch für Ihr inneres Leben bedeutet der von Ihnen beabsichtigte Kirchenaustritt eine ernste Gefährdung. Wie der Ast, der vom Baum losgerissen wird, wohl noch einige Zeit lang grünt, aber dann unweigerlich abstirbt und verdorrt, so verkümmert auch das Glaubensleben dessen, der sich bewußt und für immer von seiner Kirche trennt. Entkirchlichung führt nur zu leicht zur Entchristlichung.

Wir bitten Sie darum herzlich und dringend, sich den so folgenschweren Schritt des Kirchenaustrittes noch einmal reiflich zu überlegen.

Sie werden ihn ja nicht bloß vor dem eigenen Gewissen, sondern dereinst auch vor Gott zu verantworten haben, dem Sie in der heiligen Stunde Ihrer Konfirmation feierlich die Treue gelobt haben, auch die Treue gegenüber seiner Kirche.

Beschwerden über wirkliche oder vermeintliche Mißstände in der Kirche lassen sich doch, ohne daß man ihretwegen gleich austritt, oft genug durch mündliche Aussprache befriedigend regeln.

Falls Sie hierzu den Besuch Ihres Pfarrers wünschen, so bitten wir um eine kurze Mitteilung an den Unterzeichneten oder die Küsterei.

Kirchensteuernote (der Hauptgrund der Kirchenaustritte) brauchen niemand aus der Kirche herauszutreiben.

Wenn Sie in der Kirchensteuer zu hoch veranlagt sind oder infolge von Arbeitslosigkeit oder sonstiger Notlage nicht zahlen können, so kommt Ihnen die Berliner Stadtsynode nach Möglichkeit gern entgegen durch Stundung, Ermäßigung oder Niederschlagung des Betrages. Sie brauchen nur unter Vorlegung Ihres Steuerbescheides auf dem Küsteramt mündlich einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Das Küsteramt im Kirchengebäude, Portal III, ist wochentags von 9 bis 14 Uhr geöffnet.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß eine Rücknahme Ihres Austrittserklärung vor dem Amtsgericht, bei dem sie erfolgt ist, innerhalb eines Monats, also bis zum möglich ist.

Nach Ablauf dieser Frist kann nur Wiedereintritt in die Kirche, und zwar bei dem Gemeindevorstand (nicht Amtsgericht) beantragt werden. Dem Antrag ist die Austrittsbescheinigung beizufügen, sowie die Versicherung, in Zukunft ein treues Glied der Kirche sein zu wollen.

Der Gemeindevorstand der Epiphaniienkirche.
Hertel, Pfarrer.

Politische Justiz. / Politischer Terror.

Nationalsozialistischer Mörder verurteilt.

Das Kölner Schwurgericht verurteilte am Freitag den 23-jährigen SA-Mann Dick, der in der Nacht zum 11. Juli 1932 den Kommunisten Wahl erschossen hatte, zu sechs Jahren Zuchthaus.

Dick war damals in angeheiterter Stimmung auf dem Heimwege mit Kommunisten in einen Wortwechsel geraten, der aber geschlichtet wurde. Als die Kommunisten weiter gingen, sprang Dick in einen Hausflur, und mit dem Ruf „Straße frei den braunen Bataillonen“ feuerte er drei Schüsse auf die davongehenden Kommunisten ab. Wahl wurde durch einen Schuß in den Hals tödlich getroffen. Die Behauptung des Angeklagten, er habe in Notwehr gehandelt, wurde durch Zeugenaussagen widerlegt. Weder der Erschossene noch seine Begleiter hatten eine Waffe bei sich.

Zwar übersteigt die Strafe für diesen Mörder die übliche Taxe, die für nationalsozialistische Morde bekanntlich im Durchschnitt ein paar Jahre Gefängnis beträgt. Das ändert nichts an dem Justizskandal, daß ein Mord nicht als Mord bestraft wird, wenn Nazis die Mörder sind. Wie ist der Kommunist Bartl behandelt worden! Todesstrafe, obwohl er weder geschossen hat, noch nachgewiesen ist, daß er den tödlichen Schuß seines Genossen gewollt hat!

Politische Justiz der Woche.

In der Zeit vom 22. bis 28. Januar sind, soweit uns bekanntgeworden ist, folgende Verurteilungen wegen politischer Vergehen erfolgt:

Gegen Linksstehende:
insgesamt 25 Jahre 10 Monate Freiheitsstrafe, davon 14 Jahre Zuchthaus.

Gegen Nationalsozialisten:
insgesamt 7 Jahre 3 Monate Freiheitsstrafe, davon 6 Jahre Zuchthaus.

Femejustiz in Bulgarien.

Neue Mordtaten der IMRO.

Im Herbst vorigen Jahres wurde Daskalow, ein Oberlehrer aus Svetivratsch in Bulgarisch-Mazedonien, ermordet und des Geldes beraubt, das er zur Zahlung der Gehälter an die ihm unterstellten Lehrer bei sich trug. Als Täter wurden drei Mazedonier verhaftet, die am vorigen Sonnabend vor das Kriegsgericht in Svetivratsch gestellt werden sollten. Als die Gefangenen unter polizeilicher Bewachung in einer Kleinspurbahn nach diesem Ort gebracht werden sollten, wurde der Zug plötzlich von etwa 50 bewaffneten Personen angehalten, die Polizeiwache wurde entworfen, die Gefangenen aufs freie Feld getrieben und erschossen. Dann entkamen die Banden und werden in der unwegsamen Gegend des Gebirges wahrscheinlich nicht mehr zu finden sein, selbst wenn die Polizei versuchen sollte, sie einzufangen. Es besteht kaum Zweifel darüber, daß die Tat von den Banden Michailoffs, der faschistischen mazedonischen IMRO, verübt worden ist, die im allgemeinen jeden Vorstoß gegen ihre Interessen mit dem Tode bestrafen.

Kommunistenhetze.

„Die Rote Fahne“ meldet aus Düsseldorf: „In der Nacht zum Sonnabend besetzte ein Aufgebot von Kriminal- und Schutzpolizei die Druckerei der Düsseldorfer „Freiheit“, verhinderte den Druck der Sonnabendausgabe und versiegelte die Rotationsmaschine mit der Begründung, daß mehrfach in Zeitungsartikeln der „Sozialistischen Republik“ und der „Aachener Zeitung“, die in der Düsseldorfer Druckerei gedruckt werden, „Vorbereitung zum Hochverrat“ begangen worden sei. Die Beschlagnahme der Druckmaschine geschehe auf Anweisung des Oberreichsanwalts in Leipzig.“

Der Diebstahl von Rotationsmaschinen der Kommunistischen Partei reiht sich in die Fälle der planmäßigen Unterdrückung dieser Partei durch Bracht und seine Kollegen würdig ein.

In der gleichen Richtung liegt das Verbot der Berliner kommunistischen Demonstrationen am Sonntag.

Die Beisetzung der Dresdener Opfer.

Die Beisetzung der Opfer der Saalschlacht im Dresdener Kegerheim findet am Dienstag statt. Selbst für einen kurzen Proteststreik an diesem Tag haben sich Kommunisten und Sozialdemokraten nicht verständigen können. Die Kommunisten rufen zu einem Proteststreik auf, während die Sozialdemokraten sich dazu nicht entschließen konnten.

Eine Saalschlacht zwischen Nazis und Katholiken ereignete sich in Rodaun, in der Nähe von Wien, bei einer Versammlung des Katholischen Jugendbundes. Vier Personen wurden erheblich verletzt, die Einrichtung des Versammlungsorts wurde in Trümmer geschlagen.

Raubüberfall auf „Reichsbanner“-Schießstand.

Drei verummte Männer überfielen am Sonntag abend den „Reichsbanner“-Schießstand in Berlin-Friedrichsfelde, bedrohten den Verwalter mit Pistolen und raubten 10 Kleinkaliberbüchsen, Munition und Schießbücher. Flucht der Täter mit Motorrad und Beiwagen.

Die Benutzung von Saalgalerien bei der Veranstaltung öffentlich politischer Versammlungen ist aus sicherheitspolizeilichen Gründen bis auf weiteres für den Polizeibezirk Halle, Stadt Halle, Stadt Bitterfeld, Ammendorf und Wörmnitz-Ballberg verboten worden.

Verbilligtes Frischfleisch.

Die für die Zeit vom 17. Oktober bis 30. November 1932 und vom 1. Dezember bis 31. Dezember 1932 ausgegebenen Abschnitte der Reichsbezugsscheine für verbilligtes Frischfleisch werden auf Antrag nachträglich eingelöst, sofern der Antrag bis zum 20. Februar 1933 gestellt ist.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Göttingen: Freitag, 3. Februar, 20,30 Uhr, im kleinen Saal des Volkshaus. Thema: Rechtsnot und Sondergerichte. Redner: Rechtsanwalt Erich Lewinski (Kassel). Eintritt frei! Freie Aussprache.

Hamburg: Donnerstag, 2. Februar, 20,15 Uhr, im Saal. Thema: „Rechtsnot über Deutschland“. Redner: Dr. Erich Lewinski (Kassel).

Braunschweig

Gegen Rechtsnot und Sonderjustiz!

Öffentliche Versammlung am Dienstag, dem 31. Januar, 20,15 Uhr, im großen Saal des „Sächsischen Hof“, Gördelinger Straße.

Redner: Erich Lewinski (Kassel)

Eintritt 20 Pf. Jugend und Erwerbslose 10 Pf.

IHV, ISK, KPD-O, SAP.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lipmann, Berlin, Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigt Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Klippenhauer Verlag AB. Berlin.

Sie sind schon unterwegs, doch ohne rechten Antrieb. Aber immer ist es besser als garnichts. Einer hinter dem anderen bücken sie sich durch den Schacht nach oben: grau, wüst, verwirrt und verblödet von dem grauenhaften Gesicht des Krieges, in das sie fortwährend starren, ohne es recht mehr zu sehen.

Oben tritt der Spöhr an die Pfütze, die schon fast ein Tümpel ist, streckt den Becher hoch von sich und nimmt die Hand weg. Heraus springt die Maus und im Bogen ins Wasser, daß es aufspritzt über ihren kleinen Leib. Das sieht komisch aus, und die Leute lachen. Aber nun wird es ein wenig ernst, denn die Maus beginnt zu schwimmen, und sie schwimmt erstaunlich flink, sie fächelt so dahin und wird bald das Ufer erreicht haben: Bezwingerin der Fluten.

Natürlich strebt sie weg von den Menschen, die gegenüberliegende Seite sucht sie zu gewinnen. Das muß verhindert werden: zu früh wäre es aus, das Spiel. Zwei Leute sind schon hinübergelaufen, und als sie landen will, wird sie zurückgeschleudert. Sie kehrt um und rudert abermals hinaus auf hohe See, dort schlägt sie einen Haken und nimmt eine ganze neue Richtung.

Aber auch das nützt ihr nichts. Sie ist umstellt; wo immer sie aufs Trockene will, von dort wird sie vertrieben. Man sieht ihrer steigenden Hast an, daß sie erkennt: es geht ums Leben. Und auch die Soldaten begreifen, daß jene es begriffen hat. Vielleicht haben sie zuerst garnicht daran gedacht, sie dem Tode zu überliefern, — jetzt wollen sie es. Da sie die Auflehnung des Geschöpfes sehen, wollen sie es. Sie lachen nicht mehr, sie sind gespannt, wortkarg und fast ernst. In kurzen Rufen machen sie einander aufmerksam, was zu tun ist, um die Verzweifelnde nicht entweichen zu lassen — sie, die zudringlicher wird. Man kann sie nur noch dadurch im Wasser halten, daß man ihr Steine und Zweige entgegenwirft — für sie sind es Felsblöcke und Baumstämme. Sie pritschelt mit tiefersinkendem Kopf in der Mitte der Lache ermattend in der Runde.

Von ferne schaut der Sanitätsoffizier zu. Er hat seinen eigenen Unterstand; dort verharrt er im Rahmen des Loches, das hinabführt. Wird er nicht sagen: laßt doch die Tier-schinderei. Nein, er sagt nichts. Er langweilt sich auch und hat nun ein wenig Ablenkung. Es liegt ihm vielleicht ein Befehl, ein Verbot auf der Zunge, aber er unterdrückt das. Er hat ein maskenhaft starres Lächeln im leeren Gesicht.

Wie soll man das fassen? Hier wird von Menschen, die stündlich der Tod belauert, eine Kreatur spielerisch in den Tod gehetzt. Haben diese da noch nicht begriffen, was es heißt für jegliches Lebewesen: gewaltsam zu sterben? Sie schleifen die Toten und die Zerfetzten seit endlosen Monaten fast aus den Händen des Gegners in eine halbe Sicherheit — und sind noch nicht so weit, gelernt zu haben, daß wir nichts inbrünstiger wollen als leben! Wir alle — auch diese Maus da. Was hat das teuflisch-tolle, das harmlose, das furchterliche Schauspiel zu bedeuten?

So fragt sich Funk — nicht weniger untätig als jener Offizier vor seinem Unterstand — da kommt die englische Granate. Die englischen Granaten kamen früher immer um diese Abendstunde, sie erteilten den „Segen“, die Soldaten wußten es und verkrochen sich schon vorher in die Löcher; aber jetzt war eine stille Woche vergangen — und außerdem hat der Jux mit der Maus alles vergessen lassen.

Die Granate kommt und fährt ins Gehöft. Es war fast immer verschont — es war noch nie so getroffen worden. Ein brüllender Donner, der voll bössartigen Irrsinns den ganzen Himmel herunterreißt auf die Erde, fegt die Männer um. Gemäuer kracht, spaltet sich, stäubt, prasselt und stürzt. Funk ist unverletzt, er ist auf den Knien und blickt umher. Sucht sein Auge dort, oder fällt es zufällig hin: er sieht gerade noch die Maus mit wankenden Schrittchen dem Wasser entsteigen und sehr langsam, taumelnd, weil völlig erschöpft, einem Versteck zustreben.

Ehe sie's noch erreicht, wird er anders beschäftigt. Es gibt Verwundete, sie ächzen, sie müssen hinweggeschafft werden, man hat es eilig, denn weitere Schüsse sind zu erwarten.

Aber es kommt keiner mehr.

10.

Der Schuß ist Auftakt zu neu einsetzender Tätigkeit des Gegners. Vorbei ist es mit schlaftrigen Tagen — und in der Nacht gibt es erst recht keinen ungestörten Schlaf mehr.

Immer sind Krankenträger unterwegs: zu viert, um die völlig Hilflosen und die endgültig Unbeweglichen in Gewaltsam zu bringen, — und zu zweit, um Leichtkranke oder Leichtverwundete zurückzubugsieren.

Der Neuling Funk tut seine ersten Gänge.

Da stellt sich sofort heraus, wie sehr es fehlt am Platz ist. Die Ahnungslosigkeit der Garnisonen daheim, der Rekrutendepots im Hinterland hinsichtlich des schweren Dienstes der Infanteriesanitätsleute rächt sich wieder einmal. Man nimmt fälschlich an, daß die Fingerfertigen: die Kleider- und die Haarschneider, die Schreiber und die Heilkundigen bereits eine Vorstufe zum Sanitätsdienst von Haus aus absolviert haben. Nachher im Felde zeigt sich, wie sehr man mit diesen körperlich in Friedenszeiten niemals Angestregten danebengegriffen hat. Denn worum geht es: um manuelle Geschicklichkeit? Ach, keineswegs. Im Dreck des Grabens, im Schmutz irgendeines Winkels ein oder mehrere Verbandpäckchen auf eine Wunde festzubinden, lernt jeder. Aber einen ausgewachsenen Mann mitsamt Gepäck dann zu tragen, das vermag am besten der Holzarbeiter, der Müllerbursch, der Mehlsäcke zu schleppen gewohnt ist, der Möbelpacker. Ist der Unsinn, Friseur für einen denkbar schweren Dienst leichtin vorzubereiten, aus den Erfahrungen des Feldes heraus nie in die Heimat gemeldet worden? Scheinbar nicht. Jedenfalls hat man sich nicht um die Mahnung gekümmert. Man hat ja so vieles besser gewußt als die, die draußen Mann gegen Mann gestanden sind

(Fortsetzung folgt.)

„Maulhalten!“

Die Notwendigkeit der Hungermärsche.

Der Landrat des Unter-Westerwald-Kreises hat Versammlungen und Umzüge für das Kreisgebiet verboten. Begründung: die Versammlungsfreiheit sei in den letzten Wochen zu Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mißbraucht worden. Am 27. Januar (ausgerechnet Kaisergeburtstag!) hätten die Kommunisten einen Hungermarsch zum Kreishaus nach Montabaur veranstaltet, seien jedoch unterwegs von der Polizei abgedrängt worden.

Weder der Landrat in Montabaur noch irgend eine andere staatliche Behörde hat bisher die Frage beantwortet, wie die meisten Wohlfahrtserwerbslosen auf legale Weise ihr Leben fristen sollen. Die Behörden müssen wissen, daß die meisten Wohlfahrtserwerbslosen von ihrer Unterstützung nicht leben können. Die Behörden rechnen also damit, daß jene Hungernden auf illegale Weise zu Geld oder Lebensmitteln kommen. Der Sinn der Hungermärsche ist, auf die eindringlichste Weise immer wieder an diesen Zustand zu erinnern — so lange, bis die Regierung eine Existenzmöglichkeit für die Hungernden zeigt. Die Hungermärsche sind in einer Hunger-Gesellschaftsordnung ein zweckmäßiges Mittel des Klassenkampfes.

Erwerbslosenkundgebung in Memel. Schreckschüsse, Gummiknüppel, Gewehrkolbenschläge, Verhaftungen.

Am Sonnabend veranstalteten die Erwerbslosen in Memel eine Versammlung, an der etwa 800 Arbeiter teilnahmen. Um zehn Uhr marschierte ein Demonstrationszug von etwa 1000 Erwerbslosen durch die Stadt, um vor dem Direktoriensgebäude die Forderungen der Arbeiterschaft anzumelden. Die Polizei hatte jedoch den Zugang zu den Straßen in der Nähe des Gebäudes abgeriegelt. Als der Demonstrationszug herankam, wurde er mit Schlägen von Gummiknüppeln und Gewehrkolben empfangen. Die Arbeiter antworteten mit Steinwürfen. Die Polizei gab einige Schreckschüsse ab und schlug wild auf die Demonstranten ein. Angeblich sind in der Gegend auch einige Läden geplündert worden. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet.

Überall das gleiche Lied: Hunger wird verordnet, aber laut davon zu reden, ist verboten!

Erwerbslose, seid ihr damit einverstanden?

G. M. Vor dem Arbeitsamt Johanniswall in Hamburg werden Flugblätter verteilt. „Erwerbslose, seid ihr damit einverstanden, daß auf eurer Stempelstelle kein geheizter Warteraum vorhanden ist? Daß ihr bei dem größten Sauerwetter zwei- bis dreimal in der Woche zum Nachweis laufen müßt? Arbeit bekommt ihr doch nicht! Wer damit nicht einverstanden ist, erscheine am Sonnabend . . . im „Holsteinischen Haus.“ Unterschrift: „Die Erwerbslosen der Stempelstelle Johanniswall.“

Die 10 000 bis 15 000 Erwerbslosen der Stempelstelle sind wohl alle nicht damit einverstanden. Aber wieviele kamen? 15 Minuten nach der angesetzten Zeit waren 12 Mann da, gegen Schluß ganze 18! Woran lag das?

Erst 25 Minuten nach der angesetzten Zeit kam der Referent. Kam er mit Plänen, wie man die Erwerbslosen organisieren könne zur Abstellung der dringendsten Schäden an

Die Ausplünderung des Lohnempfängers.

Internationale Aktion des Schlafwagen-Personals.

Die Unzufriedenheit, die unter dem Personal der Internationalen Schlaf- und Speisewagen-Gesellschaft allgemein herrscht, führte zur Abhaltung einer internationalen Konferenz, die vor kurzem unter der Leitung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation in Paris stattfand und die sich mit den verschiedenen Beschwerden des Personals beschäftigte und Mittel und Wege zu einer Besserung suchte.

Das Personal beklagt sich nicht nur über ungenügende Arbeitsbedingungen, sondern auch über eine Reihe von Maßnahmen. Besonders kennzeichnend ist, daß verschiedene Gebrauchsgegenstände, wie Mundspülgläser und ähnliches, die von den betreffenden Firmen kostenlos für Reklamezwecke geliefert werden,

vom Personal ersetzt werden müssen, wenn sie von den Reisenden zerbrochen werden, und daß die Schlafwagenschaffner selbst für Papier und Seife für die Toiletten sorgen müssen. Was das letztgenannte anbelangt, bestimmt die Dienstordnung für Schaffner vielsagend: „In

den Waschräumen muß Seife vorhanden sein; sie wird von der Gesellschaft geliefert und vom Schaffner bezahlt.“

Auch die Tatsache, daß die Verwaltung dieser internationalen Unternehmung in allen Ländern, wo sie nicht dazu verpflichtet ist, wie in Oesterreich, Deutschland, die Organisationen des Personals nicht anerkennt und sogar die Mitgliedschaft manchmal mit der Entlassung bestraft, hat unter dem Personal viel böses Blut gemacht. Ebenfalls die Dienstvorschriften, worin u. a. der militärische Gruß verlangt wird.

Als eine der Maßnahmen, die Organisation des betreffenden Personals zu verstärken, und dadurch die Möglichkeit einer, wenn nötig schärferen, Aktion zu schaffen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Zustände bei der Internationalen Schlaf- und Speisewagen-Gesellschaft zu lenken, hat die Internationale Transportarbeiter-Föderation beschlossen, für das Personale ein eigenes Blatt in verschiedenen Sprachen herauszugeben. Die erste Nummer dieses Blattes ist soeben erschienen.

ihrer Stempelstelle? Er sprach mit keinem Wort davon! Statt dessen erzählte er von den neuesten großen „Siegen“ der RGO in einigen Hamburger Betrieben und rief auf, bei der demnächst stattfindenden Vertreterwahl des DMV RGO-Kollegen zu wählen.

Der Referent verschwand und überließ die organisatorische Arbeit dem Versammlungsleiter. Der berichtete, daß er allein die Flugblätter gedruckt und verteilt hätte. Er legte den Plan vor, nunmehr eine ganz große Versammlung der Stempelstelle zu veranstalten. Jeder der anwesenden Kollegen möge fünf oder zehn weitere Kollegen mitbringen. Wie kommt der Versammlungsleiter eigentlich dazu, das Flugblatt zu unterschreiben: „Die Erwerbslosen der Stempelstelle Johanniswall“?

Warum die Kollegen nicht zu Tausenden in die Versammlung gekommen sind, ist leicht zu verstehen. Sie wissen nach vielen traurigen Erfahrungen, daß die Unterschrift: „Die Erwerbslosen der Stempelstelle“ nur ein neu gemaltes Firmenschild für einen Parteiladen ist. Anders wäre es, wenn sie den Einberufer der Versammlung oder seine Organisation aus der praktischen Arbeit für ihren täglichen Kampf um ihre geringen Rechte kennen würden. Diese Versammlung hat sicher nur dazu beigetragen, das Mißtrauen der Kollegen gegenüber jeder Solidaritätsarbeit, sei sie unehrlich oder ehrlich, zu vertiefen.

Wann lernt die KP endlich von Lenin, daß „das Vertrauen der Arbeiter das Grundkapital der Partei“ ist! Und wann erkennen die kommunistischen Kollegen endlich ihre Aufgabe, innerhalb der Gewerkschaften — ohne parteipolitische Manöver — daran zu arbeiten, daß ein festes Band zwischen Gewerkschaft und Erwerbslosen geknüpft wird durch gemeinsames solidarisches Arbeiten?

Aussperrung der 10000 in Dänemark verhindert?

Nach einer Meldung aus Kopenhagen ist zu erwarten, daß es nicht zu der von den Unternehmern angedrohten Aussperrung der 10 000 Arbeiter kommt. Der Ministerpräsident Stauning hat am Sonnabend im Folkething einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach alle Tarifverträge bis Februar

1934 Gültigkeit behalten sollen. Es steht in Aussicht, daß dieser Entwurf angenommen wird. Ob sich dann die Unternehmer nicht trotzdem nach berühmtem Vorbild ihrer deutschen Kollegen darüber hinwegsetzen werden, bleibt allerdings abzuwarten.

Eisenbahnerstreik in Ulster.

Da die Schlichtungsverhandlungen über den in Nordirland durch die zehnprozentige Lohnabbau-Forderung der Unternehmer entstandenen Konflikt ergebnislos abgelaufen sind, haben die Eisenbahner beschlossen, in den Streik zu treten. Etwa 5000 Arbeiter legten am Montag die Arbeit nieder

Die britischen Eisenbahner geben nicht nach.

Der Britische Eisenbahner-Verband hat den Eisenbahngesellschaften mitgeteilt, daß er beschlossen hat, die Vorschläge des Vorsitzenden der Schlichtungskommission nicht anzunehmen. Wahrscheinlich wird es also auch in Großbritannien demnächst zum Eisenbahnerstreik kommen.

Erfolgreicher Streik gegen Lohnabbau.

Der „Deutsche Bauwerks-Bund“ hat in Breslau nach mehrwöchigem Streik erreicht, daß die Tariflöhne, die bis 31. Oktober gezahlt wurden, jetzt weiter in Geltung bleiben.

Furchtbares Gruben-Unglück.

Aus Kattowitz wird gemeldet: Am Montag morgen gegen neun Uhr explodierte in der Kokerei der Wolfgang-Grube in Ruda ein Ammoniak-Behälter. Durch die Explosion wurde das Maschinenhaus, das sich in unmittelbarer Nähe des Behälters befindet, vollkommen zerstört. Unter den Trümmern sollen sich zahlreiche Tote und Verwundete befinden. Da die Unglücksstätte einen einzigen Trümmerhaufen bildet, war es bisher nicht möglich, an die Verunglückten heranzukommen. Die Rettungsbereitschaften der umliegenden Gruben sind zur Hilfeleistung herbeigeholt worden.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Engelsplatz 12.

Getrocknete Bananen
sind nahrhaft u. billig,
als Brothelag und zum
Obst für jung und alt
zu verwenden.
Postpäckchen 4 Pfund
brutto nur 3 Mark,
frei Haus, n. a. Orten.
Vorauszahlung
auf Postscheck-Konto
Magdeburg 17924
erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104

**Feinbesohl-
Anstalt**
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügel und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

**Selten
Wirtschaftsartikel**
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

**Butter
Käse, Eier
Landbrot**

Ist Maßkleidung zu teuer?
Maßkleidung ist eleganter, tragfähiger, dauerhafter und darum billiger als Konfektion. Wer jetzt sparen muß, trägt nur Maßkleidung! Machen Sie einmal den Versuch!
Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden
Magdeburg / Johannisbergstraße 10 III.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
**Anfertigung
med. Tisch- u. Nachttischlampen**
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Judenstraße 3, III.

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Laiseweg 61 III.

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
**Unterstützt
Europäer
Zeltung!**
Wert Abonnenten!
Sammelt Anzeigen
Bewerbt bei Einzelnen
unsere Inseraten!

**Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate**
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Kauf preiswert und in bester Qualität
Vollwertnahrungsmittel
vom Reformhaus
Gesundheitsquelle
Berlin / Köpenicker Str. 96 / Ecke Insel- und Neue Jakobstr.

Sprechapparate
Koffer + Schatullen + Schränke
Schallplatten
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen
Verlangen Sie Angebot!
OTTO PFOTENHAUER
Wolmar, Röhrstraße 40

isk
Monatsschrift d. Internationalen
Sozialistischen Kampf-Bundes.
Sonderausgabe
Das Heft der Frau.
LEONORE KOLB:
Gesetze gegen die Frauen.
LEONARD NELSON:
Grundzüge für ein soz. Eherecht.
MARIA HODANN:
Die wirtschaftliche
Unterdrückung der Frau.
HANNA FORTMÜLLER:
Polit. Arbeit auch für die Frauen!
ROSE GERISCH:
Wohin gehört die Frau politisch?
ANNA OROB:
Haushaltsarbeit und polit. Arbeit.
ILSE REINHARDT:
Die Frauen und die Gesundheit
des Proletariats.
Revolutionäre Frauenarbeit. — Buchbespr.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.
30. Januar:
Der Eskimo-Film
IGLU
Ab 31. Januar: Charlie Chaplin in
Lichter der Großstadt
Anfangszelten: 16, 17, 19 und 21 Uhr.

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.

Betrachtungen über den Krieg und anderes
von **Ku Hung-ming**.
107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.

Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto Berlin 818 42.

Die Presse zu Schleichers Sturz.

Die französische Presse ist sich darin einig, daß der Sturz Schleichers und der Vertrauensposten, den Papen erhalten hat, eine Verschärfung der politischen Lage innerhalb Deutschlands darstelle. Einige Zeitungen der Rechten erblicken die Gefahr sogar so groß, daß sie die Wiederherstellung der Monarchie fürchten.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat an sich gegen eine parlamentarische Regierung nichts einzuwenden, auch wenn Hitler dabei ist. Allerdings fragt sie jetzt, und zwar mit Recht:

Wer garantiert dabei die Einhaltung der Verfassung, wer garantiert, daß Herr Hitler wieder abgeht, wenn er gestürzt wird? Unter den heutigen Umständen ist das Experiment zweifellos sehr viel gefährlicher. Damals wären wir sicher gewesen, daß Herr von Schleicher die Reichswehr sehr vorsichtig abseits gehalten hätte. Herr Hitler hat inzwischen alles getan, um diesen Mann, der jahrelang eine außerordentlich starke Position hatte, loszuwerden. Nun ist er ihn losgeworden. Daraus ergibt sich ein außerordentlich großer Unterschied im Vergleich zur damaligen Lage.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben sehr scharf, daß das von Hugenberg erdachte Kabinett kurz bemessenen Selbstvertrauens wäre. Es stehe fest, daß zu den eifrigsten Betreibern dieser ungenügenden und politisch gefährlichsten Lösung erstaunlicherweise Hindenburgs Sohn gehöre. Dieses Harzburger Kabinett, dem die parlamentarische Mehrheit fehle und das das Vertrauen Hindenburgs je gewinnen werde, sei heute noch ein Wunschtraum bestimmter Kreise, ein Wunschtraum freilich, dem sehr starke Mächte der verantwortungslosen Intrige zur Seite stehen.

Die „Kölnische Volkszeitung“ sieht die Gefahr in der Hauptsache darin, daß sich bei der jetzt drohenden Reaktion auf der einen Seite Großgrundbesitz, Hochfinanz und Schwerindustrie, und auf der anderen Seite die sozial abhängigen Schichten gegenüberstehen:

„Es wäre dann restlos aus mit der Beruhigung, die das deutsche Wirtschaftsleben so dringend braucht. Mehr denn je gilt für diejenigen, die auf den Krücken eines Verfassungsbruches zur Macht drängen möchten, das alte in letzter Zeit so häufig zitierte Wort Talleyrands, daß man mit Bajonetten vieles machen könne, nur nicht sich darauf setzen. Oder, wie Kaas jetzt an den Herrn Reichspräsidenten schrieb: Die Illegalität von oben wird die Illegalität von unten in einem Maße Auftrieb bekommen lassen, der unberechenbar ist.“

Die freien Gewerkschaften schreiben an Hindenburg.

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

In tiefer Sorge über die unser Volk beunruhigenden und bedrohlichen politischen Gefahren sind die Gewerkschaften aller Richtungen zur Beratung der überaus ernsten Lage zusammengetreten.

Sie halten sich in dieser entscheidenden Stunde für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft als eine Herausforderung empfunden werden würde. Die Gewerkschaften erwarten, daß Sie, Herr Reichspräsident, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinielen, ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen und auf einer verfassungsmäßigen Lösung der Krise bestehen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. — Allgemeiner freier Angestelltenbund. — Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. — Gewerkschaftlicher deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. — Allgemeiner deutscher Beamtenbund.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben gleichzeitig um einen Empfang beim Reichspräsidenten nachgesucht.

Daß die freien Gewerkschaften Hindenburg hier zur Vorsicht mahnen gegenüber einer Aktion, die er selber vollbracht hat, nämlich Schleicher zu entlassen, muß außerordentlich befremden. Die Verantwortung für den Sturz der Regierung und für die Einsetzung einer noch reaktionärerem hat einfach Herr von Hindenburg. Ihn nachträglich vor den Folgen dieser Aktion zu warnen, und zwar in einer Weise, als wenn ein anderer sie verschuldet hat, lenkt unnötig vom wesentlichen ab. Der Urheber der Krise heißt Hindenburg.

Der legendäre Ministerpräsident Otto Braun

hat in einem längeren Schreiben an den Reichskommissar für Preußen einen längeren Brief gerichtet, in dem es heißt:

„In einem Teil der Presse, in öffentlichen Versammlungen und dergleichen wird öffentlich zum Hochverrat aufgefordert, ohne daß, soweit mir bekannt, die zuständigen Stellen gegen diese durch § 85 des Strafgesetzbuches mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bedrohten Handlungen einschreiten. Der preussischen Staatsregierung ist durch die geltenden Ausnahmevorschriften die Möglichkeit genommen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Sie weist die Reichsregierung und den Reichskommissar dringend auf diese Notwendigkeit hin. Nach § 81 des Strafgesetzbuches wird wegen Hochverrats bestraft, wer es unternimmt, die Verfassung des Deutschen Reiches oder eines deutschen Landes gewaltsam zu ändern. Durch diese Vorschrift sind nach der Rechtslehre und Gerichtspraxis gegen gewaltsame Eingriffe geschützt, die Rechte derjenigen Gewalten, durch deren Willensäußerung das Staatsleben bestimmt wird, in erster Linie der Reichstag. In Artikel 23 der Reichsverfassung sind die Fristen, innerhalb deren der Reichstag im Falle der Auflösung wieder zusammentreten muß, genau festgelegt. Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts kann der Reichspräsident auch auf Grund des Artikels 48 über derartige Vorschriften der Reichsverfassung nicht hinweggehen. Die Berufung auf einen Staatsnotstand ist rechtlich unzulässig. Wenn öffentlich dazu aufgefordert wird, der Reichspräsident möchte den Reichstag nach Hause schicken und vorläufig nicht wieder zusammentreten lassen, so ist dies also eine Aufforderung zum Hochverrat. Solche Aufforderungen müssen vom ersten Augenblick an mit den vorgeschriebenen zulässigen polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln unterdrückt werden, wenn nicht neue Verwirrung im Rechtsbewußtsein des Volkes die schwersten Folgen heraufbeschwören soll.“

Aus dem Lager der ostelbischen Hyänen.

Ein amtlicher Vertreter der Junker-Interessen.

In der Hauptversammlung der westfälischen Landwirtschaftskammer sprach am Sonnabend der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, über die Schicksalsverbundenheit der gesamten deutschen Landwirtschaft und der deutschen Gesamtwirtschaft überhaupt. Das Beispiel des Weizenmarktes — er sei überzeugt, daß im nächsten Jahr eine Entwicklung komme, in der eine Preiskatastrophe beim Weizen nicht mehr aufzuhalten sei — zeige, daß es nicht angehe, eine bestimmte landwirtschaftliche Betriebsart allein zu begünstigen, weil sich dann alle Betriebe auf diesen Erzeugungszweig stürzen würden.

Gegenüber der Darstellung des Finanzministers Klepper, daß kleinbäuerliche Betriebe krisenfeuster seien, wies der Redner darauf hin, daß die großwirtschaftlichen Betriebe des Ostens je Hektar einen Fehlbetrag von 56, die kleinen Betriebe im Westen von 54 Mark je Hektar hätten. Das seien keine nennenswerten Unterschiede mehr. (Die Frage ist nur, wie es kommt, daß sich die kleinbäuerlichen Betriebe im Westen heute in dieser mißlichen Lage befinden. Doch darum, weil den Bauern durch die Politik zu Gunsten der ostelbischen Pleite-Junker einerseits das Futtergetreide maßlos verteuert wurde und weil andererseits die Kaufkraft der Abnehmer ihrer Produkte immer mehr herabgedrückt wurde. Diese Tatsachen verschweigt der saubere Herr wohlweislich und fährt fort):

Es dürfe nicht zugelassen werden, daß man in die Landwirtschaft einen Keil treibe.

(Dieser Keil würde nur den wahren Sachverhalt aufdecken, der jetzt im Interesse der Junker verschleiert wird. Denn in Wahrheit gibt es die Landwirtschaft nicht. Bauern-Interessen gehen in anderer Richtung als Großagrarien-Interessen!)

Brandes setzte sich weiter mit dem Wirtschaftsminister Warmbold auseinander, der auf dem Standpunkt stehe, daß die Ausfuhr gestärkt werden müsse, da die Landwirtschaft und der Binnenmarkt keine genügende Beschäftigungsmöglichkeiten hätten. Warmbold betrachte dabei nur die eine Seite, die Einfuhr aber nur ungenügend. Das Problem müßte als Ganzes gesehen werden. Das Butterkontingent von 50 000 Tonnen habe den inländischen Butterpreis vernichtet. Der ganze landwirtschaftliche Bedarf sei bei dieser Entwicklung über den Haufen geworfen und die Osthilfe dadurch sinnlos geworden. Es sei unverantwortlich, angesichts der jetzigen Preislage auf dem Milchmarkt des Ostens noch Siedlung zu betreiben. (Jawohl! Darum: Schluß

mit der Großagrarierepolitik, Stärkung der Kaufkraft für bäuerliche Produkte, damit Siedlungspolitik betrieben werden kann!)

Hindenburg wird weiter bombardiert.

Der Reichslandbund hat von Hindenburg in einem Brief eine Reihe agrarpolitischer Maßnahmen verlangt, deren Durchführung „mit größter Energie und Beschleunigung“ ihm unerlässlich erscheinen. Und zwar verlangt er:

1. Beseitigung der bestehenden agrarischen Zollbindungen und Wiederherstellung der zollpolitischen Handelsfreiheit durch geeignete Handelsvertragsverhandlungen.
2. Ergänzung der Zollmaßnahmen durch Einfuhrkontingente.
3. Schutzmaßnahmen für sämtliche landwirtschaftliche Produkte, auch Nebenprodukte, wie Häute, Holzstoff u. a. w.
4. Besondere Abwehrmaßnahmen gegen das Valuta- und Handelsdumping zahlreicher Staaten.
5. Ergänzung des Butterbeimischungszwanges durch Kontingierung der Margarineherstellung.
6. Sondermaßnahmen zur Stützung des Getreidemarktes im Wirtschaftsjahr 1932/33. Im Rahmen dieser Maßnahmen wird die Schaffung echter Einfuhrscheine besonders für Weizen und Hafer und Ersatz des verbilligten Hühnermaises durch verbilligten Hühnerweizen verlangt.

Deutschnationale Unverschämtheiten.

Der landwirtschaftliche Ausschuß der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es unter anderem heißt:

Die deutschnationalen Vorschläge für eine wirksame Osthilfe sind von Anfang an darauf abgestellt gewesen, die Entschuldung der gesamten Landwirtschaft durch generelle Maßnahmen, nicht durch Einzelsubventionen zu erreichen. Diese Wege sind die verschiedenen Reichsregierungen, die das Problem der Osthilfe angefaßt haben, nicht gegangen worden. Diese verfehlte Behandlung der Dinge durch Personen, die im Gegensatz zur DNVP standen, hat dazu geführt, daß heute fast alle Betriebe, auch diejenigen, die vor nicht allzu langer Zeit gesund waren, in die Katastrophe hinein gezogen worden sind.

Die Landwirtschaft selber hat wiederholt schärfste Kritik an dem System der Osthilfe geübt. Sie erstrebt überhaupt nicht Subventionen, sondern Gleichberechtigung gegenüber den anderen Wirtschaftszweigen. (1)

Auch in Danzig ist der Landbund amtlich unerwünscht.

Die Danziger Regierung läßt amtlich mitteilen: „Der Senat hat, nachdem der Vorsitzende des Vorstandes des Danziger Landbundes sich in eine parteipolitische Kampfstellung gegenüber dem Senat begeben hat und eine Förderung der Interessen der gesamten Danziger Landwirtschaft von einer weiteren Zusammenarbeit mit dem Danziger Landbund in folgedessen nicht zu erwarten ist, den dienstlichen Verkehr mit dem Danziger Landbund abgebrochen. An Stelle des Danziger Landbundes soll ein Sachverständigen-Ausschuß aus Landwirten gebildet werden, die in der Landwirtschaft sich besonders durch ihre Sachkunde und ihre Leistungen hervorgetan haben. Die nötigen Vorbereitungen zur Durchführung der geplanten Maßnahme sind eingeleitet.“

35 Schmuggler gefaßt.

Den Beamten der Zollfahndungsstellen Bremen und Papenburg und den örtlichen zuständigen Zoll- und Landjägerbeamten ist es gelungen, eine großangelegte Schmugglerorganisation, die sich über das Gebiet der preussischen Kreise Aschenburg und Hümmling sowie über das Gebiet des oldenburgischen Amtes Cloppenburg erstreckte, auszuheben. Die Mitglieder der Schmugglerorganisation einschließlich der Großabnehmer, insgesamt 85 Personen, konnten ermittelt und überführt werden. Einige Personen befinden sich noch in Haft. Bisher konnte den Tätern der Schmuggel von 95 Zentnern hochzollpflichtiger Waren, hauptsächlich Feinschnitttabak und Kaffee, nachgewiesen werden. Das Schmuggelgut wurde von der in Dörpen wohnenden 12 Mann starken Kolonne laufend eingeschwarzet und an die in Hümmling wohnenden zahlreichen Großabnehmer weitergegeben. Die Waren wurden dann von den Großabnehmern hauptsächlich im Bezirk des Amtes Cloppenburg abgesetzt. Ferner konnten noch zwei Zentner Tabak und Kaffee beschlagnahmt werden, ebenso verschiedene Fahrräder, die zum Transport des Schmuggelgutes dienten. Man nimmt an, daß es sich um einen Betrag von insgesamt etwa 700 000 Mark handelt.

Standesgemäßer Mord.

Zwischen Angehörigen Göttinger Burschenschaften wurde Sonnabend vormittag im benachbarten Grone ein Säbelduell ausgetragen. Der im zweiten Semester stehende 20jährige Student der Zahnheilkunde, Friedrich August Janssen aus Friedrichsroden (Ostfriesland), wurde so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung in die Göttinger Chirurgische Klinik verstarb.

Diese Meldung aus Göttingen erinnert an die gesetzlich verbotene, aber trotzdem eifrig betriebene, und zwar unter den Augen der Öffentlichkeit betriebene grauenhafte Sitte des Gesichtzerhackens mit ungewissem Ausgang, im vorliegenden Fall mit tödlichem. Der Mord im Duell wird nicht mit dem Tode bestraft wie anderer Mord, sondern gilt als standesgemäßes Benehmen.

Das „Reichsbanner“ (Gau Baden) hatte seine vierte ordentliche Generalversammlung, infolge des badischen Konkordatsstreits habe — so wurde im Geschäftsbericht gesagt — der letzte Zentrumsvertreter im Gauvorstand sein Amt niedergelegt. Außerdem treibe auch die Erkenntnis, daß die Wirtschaftskrise nicht auf dem Boden der Privatwirtschaft zu beheben sei, das „Reichsbanner“ immer mehr an die Seite der SPD. Es werde aber an seinem überparteilichen Charakter festhalten.

Daß die Bürger aus dem „Reichsbanner“ verschwinden, ist zu begrüßen. Wenn dann aber mit Ueberparteilichkeit mehr gemeint sein soll, als daß es sich um einen Verein loser mit der SPD-Sympathisierender handelt, so muß das „Reichsbanner“ der Forderung der proletarischen Einheitsfront mehr Beachtung schenken.

Die Akademische Disziplinarbehörde der Universität Breslau hat acht nationalsozialistische Radaustudenten, die sich am vergangenen Dienstag an dem Krawall gegen Cohn beteiligt hatten, bestraft: einen mit Entfernung von der Universität, einen mit Verlust des Semesters, sechs mit der Androhung der Entfernung.

Zum Tode verurteilt wurden vom Magdeburger Schwurgericht drei Angeklagte: Bartels (24 Jahre), Meißner (24 Jahre) und Träger (18 Jahre). Sie hatten am 8. November 1932 eine 72jährige Witwe in Genthin überfallen, zu Tode gewürgt und beraubt.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name	Ort
Straße und Hausnummer	

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Wenn jemals in der Geschichte ein für wichtig ausgegebener Posten unrühmlich geräumt worden ist, dann war es die Räumung der Posten Brauns und Severings. Dieses langsame und schmachliche Absterben ist gräßlich anzusehen.

„Berlin bleibt rot“ — verspricht die SP im Lustgarten!

M. H. Am Sonntag hatte auch die SP als Protest gegen die Nazi-Provokation auf dem Bülowplatz zur Demonstration im Lustgarten aufgerufen. Das Wetter war ihr günstiger als der KP am Mittwoch; trotzdem war der Lustgarten zwar gefüllt — aber doch keineswegs so wie z. B. beim 1. Mal, als hier die Eiserner Front demonstrierte. Eindruck machte vor allem ein großer Reichsbannerzug, der feldmarschmäßig von einer Übung kam. Auch zahlreiche Kommunisten waren zum Diskutieren mit Sozialdemokraten erschienen. Noch war die Spannung nach Schleichers Sturz sicher in vielen Teilnehmern an der Demonstration lebendig; was steht bevor von Seiten der Reaktion; wie rüsten wir dagegen? Diese Fragen bewegten wohl viele. Sie erhielten keinerlei konkrete Antwort. „Berlin bleibt rot!“ (Ist es eigentlich noch rot unter kommissarischer Aufsicht?) — das ist keine Parole. Was Künstler in seiner Aussprache sagte, waren im wesentlichen die oft wiederholten allgemeinen Phrasen, die den Genossen keinen Weg weisen für die heute notwendigen Schritte zur einheitlichen Abwehr. So fehlte das, was aus diesem Protestaufmarsch ehrlich empörter Arbeiter einen Auftakt zu weiterem Kampf hätte machen können.

